

Rede von Stefan Wurm bei der LK VV im Juni 2020

ÖR Stefan Wurm: Wenn man letzte Woche Nationalratsreden oder manche ZIB2 Sendung gehört und gesehen hat, dann musste man sich als Landwirtin oder Landwirt über unkorrekte, bauernfeindliche und inhaltlich völlig unrichtige Aussagen nur ärgern. ZB sagten FPÖ-Nationalrätin Belakowitsch, Neos Abgeordneter Loacker, SPÖ-Abgeordneter Muchitsch und ÖGB-Chef Katzian, dass alle Bauern ab sofort pro Monat 450 Euro mehr Pension bekommen. Es geht hier nicht um 450 Euro pro Monat, sondern um 450 Euro pro Jahr, somit monatlich nur um rund 30 Euro und diesen Betrag bekommen auch nur solche Bauernpensionisten, die eine Pension von weniger als den Ausgleichszulagenrichtsatz von rund 930 Euro (Wert 2019) und keinen vollen Anspruch auf Ausgleichszulage haben. Der rote Gewerkschaftspräsident Katzian hat noch behauptet: „So viele Borkenkäfer kann es ja gar nicht geben“ und das obwohl er bei diesem Thema sicher keine Ahnung hat. Aufklären könnten ihn darüber vielleicht KR Schwarzlmüller oder KR Prandstetter. Frau Belakowitsch soll KR Graf einmal diesbezüglich aufklären. Die Neos hätten ja Frau Karin Doppelbauer als Agrarsprecherin, die Herrn Loacker aufklären könnte. Frau Doppelbauer betont ja noch immer, dass sie Bio-Bäuerin sei. Bei einer Wahlveranstaltung im September 2019 hat sie in Wels behauptet, dass Mercosur überhaupt kein Problem sei, weil es da ja nur um die ersten 200 Tonnen Rindfleisch gehe, die dann aus Südamerika zollfrei zu uns kommen würden. Sie hat sich dabei allerdings um das 1.000fache vertan, es geht in Wahrheit um 200.000 Tonnen. Mitschuld an solchen unrichtigen Angaben hat aber auch der Bauernbund, weil jeder Micky Maus Erfolg so dargestellt wird, als wenn jeder Bauer einen Lottosechser gewonnen hätte. Von den angeblich 400 Millionen Euro, die für die Bauern beschlossen worden sind, gehen alleine 250 Millionen Euro in die Forschung für Holzgas und Holzdiesel. Kein einziger Bauer hat davon tatsächlich etwas. 100 Millionen Euro gehen in Wiederaufforstungshilfen und Pflege von durch Borkenkäfer und Sturm schwer geschädigte Wälder. Die größten Waldbesitzer sind übrigens die verstaatlichten Bundesforste. Vom kleinen Rest von 50 Millionen Euro kommt auch nur ein kleiner Teil bei den Bauern an, zumindest in unserem Bezirk kommt kaum etwas an. Von der Angleichung der Mindestbeitragsgrundlage im Sozialversicherungsrecht an das Gewerbe ist in unserem Bezirk kaum einer betroffen. Kinder unter 27 Jahre sind auf den meisten Höfen auch nicht beschäftigt. Von der Anhebung der Umsatzgrenze für Direktvermarkter sind in unserem Bezirk auch nur sehr wenige betroffen. Von der Senkung des fiktiven Ausgedinges, die wie erwähnt im Monat rund 30 Euro ausmacht, sind in meinem Bezirk nur ein paar betroffen, die weniger als die Mindestpension und gleichzeitig keinen Anspruch auf Ausgleichszulage haben. Es wurde auch groß hinausposaunt, dass die Umsatzgrenze für die Buchhaltung auf 700.000 Euro erhöht und die Einheitswertgrenze abgeschafft wird. Aber auch das ist schon wieder eine Mogelpackung, von der so gut wie kein Landwirt betroffen sein wird, weil diese Grenze nur für jene gilt, die einen Einheitswert von mehr als 130.000 Euro haben und derzeit schon doppelte Buchführung bzw. Einnahmen-Ausgaben-Rechnung machen müssen.

Bauernbund-Präsident Strasser hat dann auch noch die 360 Euro Kindergeld, die ab September für jedes Kind in Österreich einmalig und – wie er sagt – völlig unbürokratisch ausbezahlt werden, als Bauernbunderfolg hinausposaunt. Die Begründung war, dass die Bauern ja die kinderreichsten Familien hätten. Offenbar liegt Bauernbundpräsident Strasser mit seinem Wissen auf dem Stand vor 60 oder 70

Unabhängiger Bauernverband



Jahren, inzwischen haben ja Familien mit Migrationshintergrund die meisten Kinder. Außerdem kann man nicht etwas als Erfolg für die Bauern verkaufen, was ohnedies alle andere in diesem Land auch bekommen. Bauernbund-Präsident Strasser sagte in seinem Videobeitrag auch, dass monatelang hart verhandelt worden sei, um all dies zu erreichen. Wenn man die Bundesforste als Bauern durchgehen lässt, dann macht das alles zusammen pro Betrieb einen Betrag von rund 1.000 Euro aus. Pro Arbeitsplatz in der Landwirtschaft entfallen somit nur einige hundert Euro.

Die Fluglinie AUA hat nicht monatelang verhandelt, sondern nur ein paar Wochen und bekommt pro Arbeitsplatz das Hundertfache von dem, was die Bauern bekommen und dem haben auch die Grünen zugestimmt, weil das Fliegen mit völlig steuerfreiem Kerosin so super ist und wenn dann ein Grüner fliegt ist das anscheinend auch noch umweltfreundlich.

Leider wird nicht nur von den von mir genannten Personen von Neos, FPÖ, SPÖ und ÖVP viel Bauernfeindliches bzw. völlig Unrichtiges behauptet, sondern auch von manchen Nationalräten der Grünen. Beispielsweise hat vor einigen Wochen eine Nationalrätin der Grünen aus Wien, Frau Faika El-Nagashi behauptet, dass die Bauern mit der Massentierhaltung und den damit in Verbindung stehenden gigantischen CO2-Emissionen einer der Hauptverursacher des Klimawandels seien. Für die Grünen und Herrn Balluch vom Verein gegen Tierfabriken ist jeder Bauernhof mit mehr als 20 Rindern oder 100 Schweinen schon ein Massentierhalter. Weiters erwähnte diese Dame von den Grünen im gleichen Absatz Schweinegrippe, Vogelgrippe, Ebola und Corona. Auch wenn Covid-19 vielleicht vom Tier auf den Menschen übertragen worden ist, dann waren es wahrscheinlich die Fledermäuse. Ich kenne allerdings keinen einzigen Bauern, der Fledermäuse züchtet.

Vizekanzler Kogler fordert eine Reichensteuer und möchte damit sicher auch völlig ungerechtfertigt die Bauern treffen. Auch in unseren Reihen hier sitzt ein Grüner bauernfeindlicher Nationalratsabgeordneter. Am 11. Mai um 16 Uhr hat der Grüne Kollege Clemens Stammler hier in der Landwirtschaftskammer beim Fraktionengespräch folgendes behauptet, dass erstens viele Bauern wegen Corona mehr verdienen, dass zweitens wir Bauern alle ganz still sein müssten, weil wir alle überhaupt keine Steuern zahlen und dass drittens jeder der 40 Hektar Grund hat froh sein muss, dass er auf seine Grundstücke gehen darf. Frau Präsidentin, Herr Vizepräsident und Herr Kammerdirektor ihr wart ja bei diesem Gespräch dabei und werdet euch an diese drei Punkte sicher noch gut erinnern.

Zur ersten Falschaussage von KR Stammler: Rindfleischpreis, Schweinepreis, Gerstenpreis, Holzpreis etc. ist alles um 25 bis 30 Prozent gefallen. Beim Einkommen beträgt dieses Minus prozentuell noch wesentlich mehr. Außer einigen wenigen Direktvermarktern haben tatsächlich alle 130.000 bäuerlichen Betriebe Nachteile wegen Corona. Eine Hilfe, wie sie vom UBV vorgeschlagen wird, wäre in dieser Situation mehr als gerechtfertigt. Dazu gibt es heute von uns einen eigenen Antrag sowie neun weitere Anträge. Der einzige Vorteil den Corona für mich brachte war, dass ich mehr Zeit mit meinen Enkelkindern verbringen konnte.

Zur zweiten Falschaussage: Alle pauschalieren Bauern müssen entgegen der Behauptung von KR Stammler zu viel an Mehrwertsteuer bezahlen, nämlich von 13 bis 20 Prozent für Investitionen in Gebäude etc. und auch bei Betriebsmitteln, während die deutschen Berufskollegen nur 7 Prozent zahlen müssen. Außerdem zahlen Bäuerinnen und Bauern alle Grundsteuern A und B sowie 1.025 Prozent des

Unabhängiger Bauernverband



Grundsteuermessbetrages als Steuern vierteljährlich an das Finanzamt. Dazu kommen auch noch 750 Prozent Landwirtschaftskammerumlage. Weiters muss jeder Landwirt völlig ungerechtfertigt pro Liter Diesel genauso viel Mineralölsteuer zahlen wie der Halter eines LKW, der aber nur auf der Straße fährt. In fast allen anderen EU-Ländern ist das nicht so. Bei meinem Betrieb sind jährlich alleine für den Diesel rund 20.000 Euro an Steuern zu bezahlen. Darüber hinaus zahlen in unserem Bezirk dank der unnötigen Einheitswerterhöhung auch viele vollpauschalierte Landwirte ungerechtfertigt Einkommensteuer. Herr Stammler kennt anscheinend als Nationalrat all diese Steuern nicht.

Und zur dritten Falschaussagen habe ich eine Frage: Warum hat KR Stammler eine Hektarzahl genannt, ab wann ein Bauer froh sein muss, wenn er um seine Grundstücke gehen darf? Falschaussagen von Politikern verbreiten sich Gott sei Dank viel schneller als das Corona-Virus. Zum Schluss noch etwas Positives: KR Graf Revertera hat die UBV-Forderung übernommen, dass land- und forstwirtschaftliche Flächen vom Staat eine Prämie für CO2-Bindung erhalten sollen. Obwohl das eigentlich ein grünes Thema wäre, hat KR Stammler diese Forderung in seiner Zeitung abgelehnt und das auch noch in einem sehr unhöflichen Ton mit der Überschrift „Forrest Trump“. Ich frage mich, was diese berechnete Forderung mit dem US-Präsidenten zu tun hat. Der Schlusssatz in der Zeitung der Grünen Bäuerinnen und Bauern lautete: „Liebe Bauernbündler, dann schmeißt die Grafen raus aus euren Gremien“. Auf Facebook wurde unser Bundeskanzler Sebastian Kurz von Herrn Stammler sogar als „Vollkoffer der noch nie etwas gearbeitet hat“ bezeichnet. Herr Kammerrat und Nationalrat Stammler hat sich bis jetzt leider noch kein Beispiel an seiner Kollegin Lunacek genommen, die wegen etwas viel Harmloseren zurückgetreten ist.

Antrag „Keine Zustimmung für neue Handelsabkommen“

„Die Vollversammlung der LWK OÖ fordert die Bundesregierung auf, neuen Handelsabkommen keine Zustimmung zu geben, wo die Landwirtschaft in Folge finanziellen Schaden erleidet.“

Die größte Gefahr für uns Bauern in Österreich ist das geplante Mercosur-Abkommen. Ich hoffe, dass hier der Bauernbund nicht die gleiche Meinung hat wie die Agrarsprecherin der Neos. Karin Doppelbauer hat ihren Betrieb schon einige Jahre verpachtet und lebt von ihrem Nationalratsgehalt und kann und will daher die Bauerninteressen nicht mehr vertreten. Die europäische Industrie, insbesondere die Autoindustrie, will nach Südamerika exportieren. Die Gefahr ist daher groß, dass die europäischen Bauern wieder im wahrsten Sinn des Wortes zum Bauernopfer werden. Der Wirtschaftsbund der ÖVP hat hier leider die gleiche Ansicht wie die Neos.

Antrag „Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge“

„Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ fordert die Bundesregierung und den Nationalrat sowie den OÖ Landtag auf, dass die Sozialversicherungsbeiträge der Bauern für das Jahr 2020 zu einem Viertel vom Land und zu drei Viertel vom Bund übernommen werden. Weiters werden die Kammerfunktionäre Stammler, Graf und Langer-Weninger aufgefordert im Nationalrat bzw. im Landtag den entsprechenden Antrag umzusetzen.“

Nachdem die drei im Antrag genannten Personen sehr guten Kontakt zur Landes- und Bundesregierung haben gibt es berechnete Hoffnung, dass dieser Antrag auch tatsächlich umgesetzt wird.

Das vollständige Protokoll findest du unter <https://www.ubv.at/sitzungsprotokolle/>